

Zauberformel

Steht die Schweiz in diesem Wahlherbst vor einem politischen Richtungswechsel? Bricht die Zauberformel, und was sind die Probleme der Schweiz? "persönlich" hat sich mit den vier Generalsekretären der Bundesratsparteien, Reto Gamma (SP), Reto Nause (CVP), Gregor Rutz (SVP) und Guido Schommer (FDP), über diese Themen unterhalten. Es handelt sich um die Aufzeichnung eines Podiumsgesprächs der Young-Entrepreneurs'-Organization (YEO Switzerland) in Bern. Interview: Matthias Ackeret, Fotos: Marc Wetli

Schommer: "In keinem anderen Wahlkampf wurde so viel getrickst und getäuscht wie in diesem Jahr."

Gamma: "Die SVP torpediert die Mutterschaftsversicherung, kreierte Neger-Plakate oder bezeichnet Bedürftige als Scheininvalide."

Nause: "Dass die Rechte einen populistischen Tonfall anschlägt, wussten wir immer. Dass die Linke diese Gangart nun nachäfft, ist bedenklich."

Nause: "Niemand weiss, wer bei der SP wirklich den Ton angibt. Sind es die Gewerkschaften, die weitere flankierende Massnahmen fordern?"

Rutz: "Obwohl das Parlament immer sparen will, unterstützt es am Ende die Filmförderung, die Kinderkrippen ..."

Rutz: "Das Problem liegt bei der Verwaltung. Die Bundesverwaltung hat 35000 Stellen und wächst jährlich um deren 800 bis 1000."

Schommer: "Hier zu Lande gewinnen Sie selten einen Wahlkampf mit Geld, da unsere Strukturen mit den 26 Kantonen extrem kleinräumig sind."

Herr Gamma, Ihre Präsidentin, Christiane Brunner, sieht in der SVP eine Bedrohung für die Demokratie. Wie gefährdet ist unser Staat momentan?

Gamma: "Die SVP will weder einen Staatsstreich organisieren, noch mit militärischen Mitteln unsere Demokratie abschaffen. Das ist auch nicht der Punkt. Unter Bedrohung verstehen wir etwas anderes: Eine Demokratie lebt von der Auseinandersetzung und dem Engagement ihrer Bevölkerung. Dies sollte ehrlich und offen verlaufen. Die SVP verhält sich nicht so; sie torpediert die Mutterschaftsversicherung, kreierte Neger-Plakate oder bezeichnet Bedürftige als Scheininvaliden. Damit macht man Stimmung gegen Minderheiten. Eine Demokratie funktioniert schlussendlich nur, wenn die Schwachen geschützt und nicht an den Pranger gestellt werden. Angstmache ist kein Patentrezept. Die SVP greift so tief in die emotionale Kiste, dass es für die Demokratie gefährlich wird."

Trotzdem unterstützen Sie die Forderung nach einem zweiten SVP-Sitz. Ein Widerspruch?

Gamma: "Mit einer Bedrohung kann man verschieden umgehen. Die SP war auch einmal eine Bedrohung für die Schweiz, seit sie zwei Bundesräte stellt, ist sie viel umgänglicher geworden. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die SVP hat bald ein Wählerpotenzial von 25 Prozent. Ich sehe nicht ein, warum eine Partei, die einen Viertel der Bevölkerung hinter sich scharft, nur einen Bundesrat haben soll, während die andere, die lediglich über 12 bis 13 Prozent verfügt, weiterhin zwei Sitze haben soll. Das versteht die Bevölkerung nicht. Warum sind alle schockiert, wenn wir dies so benennen?"

Rutz: "Ich verstehe auch nicht, warum wir einerseits eine Bedrohung darstellen, andererseits einen zweiten Sitz bekommen sollen. Scheinbar wollte die SP damit den grauenhaft langweiligen Wahlkampf beleben. Das ist immerhin ein Ansatz. Es ist beunruhigend, wie flau alles verläuft. Dafür gibt es einen Grund: Die anderen Parteien wollen zu den unangenehmen und heiklen Themen keine Meinung äussern. Das ist nicht unser Stil, die SVP bezieht klar Stellung: So haben wir bei den Sozialversicherungen ein Riesenproblem. Bei der Invalidenversicherung herrscht ein Riesenmissbrauch, was selbst von Universitätsprofessoren bestätigt wird. Die Kostenexplosion von 4 auf 11 Milliarden Franken in wenigen Jahren ist objektiv nicht erklärbar. Hier besteht eine Grauzone. Auch die Mutterschaftsversicherung und die AHV kosten zusätzliche 5 Milliarden Franken, die schlussendlich den Bürgern und der Wirtschaft abgeschöpft werden. Deswegen sind wir gegen die Mutterschaftsversicherung und die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wir gehen nicht auch auf die Schwachen los, sondern wollen ein stabiles System, welches den wirklich Schwachen schlussendlich hilft."

Herr Nause, wie geht die CVP mit der Behauptung der SVP um, dass die anderen Parteien die wirklich relevanten Themen ignorieren? Sie verteilen immerhin Zahnbürsteli.

Nause: "Ja, über 120000 – und diese werden rege genutzt. Ich glaube auch nicht, dass dieser Wahlkampf flau verläuft. Wenn man sich die Äusserungen von Christiane Brunner anhört oder das Anti-Deiss-Plakat der Sozialdemokraten betrachtet, werden fundamental relevante Themen angesprochen."

Hat Ihnen dieses Plakat geschadet?

Nause: "Nein, überhaupt nicht. Es war eine Superaktion zur Mobilisierung unserer Basis. Dass die Rechten einen populistischen Tonfall anschlägt, wussten wir immer. Dass die Linke diese Gangart nun nachhakt, ist bedenklich. Nicht die SVP ist die Bedrohung des politischen Systems, sondern die beiden Pole links und rechts, weil sie zwar Missstände aufzeigen, aber keine Lösungen anbieten. Nehmen wir die Mutterschaftsversicherung. Die Schweizer gebären durchschnittlich 1,27 Kinder. So sterben wir aus. Man kann es drehen wie man will: Die Sozialversicherungen sind aufgrund der gesamten demografischen Entwicklung im Eimer und werden in den nächsten Jahren massiv ansteigen. Deswegen fordern wir einen neuen Stellenwert für die Familienpolitik und mehr Nachwuchs, um das Ganze zu finanzieren. Darum sind wir für die Mutterschaftsversicherung und die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV."

Trotz dieser Vorschläge ist Ihr zweiter Bundesratssitz massiv bedroht.

Nause: "Die Zauberformel ist nicht nur mathematisch begründet. Die SP hat man im Bundesrat aufgenommen, als sie sich zu einem minimalen Grundkonsens – also dem Militär – bekannte. Die Zauberformel setzt als Spiegelbild unserer Eigenheiten einen solchen minimalen Grundkonsens voraus, daneben berücksichtigt sie nicht nur das Wählerpotenzial, sondern auch die Mandatsstärke des Ständerates."

Aber halten Sie unter allen Bedingungen am zweiten Sitz fest?

Nause: "Für uns stellt sich nicht die Frage, welche Partei am meisten Stimmen erhält, sondern ob wir die Konkordanzdemokratie beibehalten wollen oder nicht. Möglicherweise wechseln wir zu einem System von Regierung und Opposition. Dadurch wäre die Stabilität des Schweizer Politsystems nicht mehr gewährleistet. Konkret: Wären die Linken an der Macht, würden sie den Ausstieg aus der Atomenergie beschliessen, vier Jahre später käme die SVP an die Regierung und würde das Ganze wieder rückgängig machen. Die Zauberformel steht für Zuverlässigkeit und ein gesundes wirtschaftliches Wachstum."

Selbst Bundespräsident Couchepin stellte die Zauberformel infrage. Wäre unsere Demokratie durch deren Abschaffung bedroht?

Schommer: “Nein, überhaupt nicht. Das Wichtigste ist, ob die Bevölkerung nachvollziehen kann, wie eine Regierung zusammengesetzt ist. In Bezug auf die Wählerstärke ist sie dies längst nicht mehr. Eine Anpassung an die realen Verhältnisse wird stattfinden. Doch zum ersten Mal wird die Diskussion über die Zauberformel nicht unmittelbar vor den Bundesratswahlen geführt, sondern Monate vorher.”

Nach diesen Wahlen?

Schommer: “Alle gehen davon aus, dass die SVP klarer Wahlsieger sein wird. Doch zuerst sollten wir einmal die Wahlen vom 19. Oktober abwarten, vielleicht kommt es noch zu Überraschungen: Für uns gibt es drei verschiedene Möglichkeiten. Erstens: Beibehaltung des Status quo, zweitens: eine Änderung der Zauberformel und drittens eine rein bürgerliche Regierung ohne die Sozialdemokraten. In der heutigen Situation sollte man auch diesen Punkt bedenken. Für die FDP ist relevant, ob die zukünftige Regierung die wichtigsten Probleme des Landes – also die Alterung der Bevölkerung, deren Auswirkungen auf die Sozialwerke wie auch die Wirtschaftspolitik – lösen kann. Doch halten die Parteien ihre Programme überhaupt ein? In keinem anderen Wahlkampf wurde so viel getrickst und getäuscht wie dieses Jahr.”

Von wem?

Schommer: “Vom Schweigekartell. Nehmen Sie die Sozialwerke: Pascal Couchepin hatte den Mut, das Problem offen anzusprechen und ein Konzept auf den Tisch zu legen. Dafür wurde er überall angefeindet. SP und SVP wollen die AHV durch Goldverkäufe retten, um für ein Jahrzehnt Ruhe zu haben, die CVP verdrängt das Ganze und will erst nach dem parlamentarischen Verfahren zur 11. AHV-Reform darüber sprechen. Das sind doch keine ehrlichen Antworten, aber die FDP hat ein Recht darauf, ein sakrosanktes Thema wie die AHV zu hinterfragen.”

Trotzdem geht die FDP neben der pointierten SVP- und SP-Werbung fast ein bisschen vergessen ...

Schommer: “Dieser Eindruck täuscht. Aus der Bevölkerung bekommen wir sehr viele positive Signale auf unsere Kampagne. Die FDP versucht, ihre Message seriös zu verkaufen – und nicht mit einem Halli-Galli-Stil.”

Gamma: “Es geht keineswegs um einen Halli-Galli-Stil. Die Schweiz polarisiert immer mehr: Auf der einen Seite ist die SP, auf der anderen die SVP. Diese beiden Parteien bieten – vor allem in der Europapolitik – Lösungen an, was sich CVP und FDP gar nicht mehr getrauen. Als Christiane Langenberger

schüchtern für die EU plädierte, hörte man überall: 'Pst, pst, pst.' Bei der CVP wagt man bis zu den Wahlen das Wort Europa gar nicht mehr in den Mund zu nehmen. Diese Links-rechts-Polarisierung ist neu für die Schweiz. Während früher jeder seine Pfründe verteidigte, sind für die Wähler nun plötzlich klare politische Gegensätze erkennbar."

Nause (erregt): "Lieber Reto Gamma, der EU-Beitritt ist gar nicht das Thema. Ich kenne von den Sozialdemokraten bis heute nicht die Position zur EU-Osterweiterung. Deren mögliche Auswirkungen auf die bilateralen Verträge steht im Mittelpunkt einer Volksabstimmung, die im nächsten Jahr stattfinden wird. Niemand weiss, wer bei der SP wirklich den Ton angibt. Sind es die Gewerkschaften, die weitere flankierende Massnahmen fordern?"

Aber ist diese EU-Osterweiterung wirklich das wichtigste Problem?

Nause: "Die EU-Osterweiterung ist wirtschaftspolitisch ein zentrales Problem. FDP-Präsidentin Christiane Langenberger hat mit ihrer Behauptung zweifelsohne Recht, dass man seit dem EWR-Nein 1992 Wachstum verpasst habe. Wir hatten damals ein Riesenproblem mit SVP-Bundesrat Adolf Ogi, der den EWR als Trainingslager für die EU bezeichnete. Prompt ging die Abstimmung hauchdünn verloren. Wenn man nächstes Jahr eine heisse Schlacht zum Thema EU-Osterweiterung schlagen will, sollte man jetzt über dieses Thema diskutieren und nicht über die Visionen des Jahres 2015. Schliesslich gab es beim EWR nicht nur von rechter Seite Opposition, sondern auch von links-grüner. Jetzt, zehn Jahre später, werden die gleichen Fehler gemacht. Die Sozialdemokraten haben aber dazu einmal mehr keine Meinung."

Gamma: "Die EU-Osterweiterung mit ihren neuen Märkten ist für die Schweizer Wirtschaft wirklich ein wichtiges Anliegen. Das sehen wir gleich. Wir sind aber nicht nur für die Osterweiterung, sondern wollen auch eine Abstimmung gegen die SVP gewinnen. Diese wird einmal mehr die Angst vor dem Lohndumping der Polen schüren, die sich für dieses Feindbild bestens anbieten. Nur wenn die Frage des Lohndumpings sauber geklärt ist, erreichen wir eine Mehrheit. Doch zuerst müssen die innenpolitischen Hausaufgaben erledigt werden, ansonsten verlieren wir die Abstimmung, und der europapolitische Scherbenhaufen wäre perfekt."

Jede von den vier Bundesratsparteien rühmt sich als wirtschaftsfreundlich. Jetzt wirft gerade die SP Joseph Deiss auf einem Plakat Untätigkeit vor. Hat dieser überhaupt die Möglichkeit, die Rezession zu bekämpfen?

Gamma: "In einer Rezession sollte der Staat nicht sparen – im Gegenteil. Ein Wirtschaftsminister sollte in einer Wirtschaftskrise antizyklisch handeln und Investitionsprogramme initiieren. Damit wird die Wirtschaft

wieder angekurbelt. Natürlich entstehen dem Staat dadurch Schulden, doch diese kann er in zwei, drei Jahren, wenn es wieder aufwärts geht, zurückzahlen.“

Schommer: “Würde diese Theorie stimmen, hätten wir momentan einen Boom wie nie zuvor. Der Staat hat in den letzten 10 Jahren eine Ausgabenausdehnung von über 10 Milliarden Franken vorgenommen. Das Investitionsprogramm von 1998 hat aber gezeigt, dass die Auswirkungen für die Wirtschaft lediglich ausgleichend und nicht positiv waren. Um die Wachstumsschwäche der letzten zehn Jahre zu überwinden, brauchen wir eine Reihe von Massnahmen, die nachhaltig wirken. So zum Beispiel Steuersenkungen, die nächste Unternehmenssteuerreform – das heisst die Eliminierung der Doppelbesteuerung ohne neue Gewinnsteuer –, mehr Wettbewerb und eine stärkere Marktöffnung in den Service-public-geschützten Bereichen wie dem Gesundheitswesen. Wichtig ist auch Masshalten bei den Sozialwerken. Bei der 11. AHV-Revision sollten keine weiteren Geschenke für Frühpensionierte gemacht werden. Man sollte bis 65 arbeiten – oder notfalls auch länger. Wir benötigen ein Wachstumsprogramm, welches den Namen verdient.“

Aber hat die FDP auch das Gefühl, Joseph Deiss geht baden, wie die SP schrieb?

Schommer: “Nicht baden, aber Deiss dürfte vor den Wahlen konkreter sein, was er unter seinem Wachstumsprogramm versteht. So würde die Politik wieder berechenbarer.“

Ist die SVP auch so unglücklich mit der Wirtschaft?

Rutz: “Wir sind mit der FDP einverstanden, dass man mit Steuersenkungen, dem Abbau von Bürokratie und möglichst wenig Staatsinterventionen die Wirtschaft wieder in Schwung bringen soll. Die Anzahl der Formulare und Statistiken, die wir auf unserem 13-köpfigen Sekretariat bearbeiten müssen, ist enorm. Wen interessieren diese Angaben? Das ist der zentrale Punkt: Die ganze Wachstumsproblematik ist weniger das Produkt einer aussenpolitischen Entwicklung, sondern bedingt durch die Erhöhung der Fiskalquote und der Schulden. Die Unternehmenssteuerreform ist dringendst notwendig – so wie weitere Steuersenkungen. Doch alle anderen Parteien – ausser der SVP – werden sich im Februar für die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 1,8 Prozent einsetzen. Schlussendlich sind es wieder 4,3 Milliarden Franken, die der Staat auf diese Weise seinen Bürgern wegnimmt. Steuererhöhungen bleiben Steuererhöhungen. Der Teufel liegt im Detail: Obwohl das Parlament immer sparen will, unterstützt es am Ende die Filmförderung, die Kinderkrippen ...“

Die Landwirtschaft ...

Rutz: “Bei der Landwirtschaft befinden wir uns in einem Strukturwandel. Ich bin auch nicht zufrieden mit der

momentanen Situation, doch nun bewegt sich etwas. Wir haben eine Reihe staatlicher Instanzen und Büros wie die Aussenhandelsförderung, q das Gleichstellungsbüro, Präsenz Schweiz oder die Osec, die allesamt überflüssig sind und viel kosten. Private könnten diese Aufgaben viel besser erfüllen.”

An allem ist die CVP schuld ...

Rutz: “An sehr vielem. Glücklicherweise hat die SP keine Mehrheit im Parlament, um ihre Ideen aber durchzusetzen, benötigt sie einen Partner.”

Nause: “Erstens: Die CVP hat im Parlament eine Initiative zur Revidierung der Unternehmenssteuer eingereicht. Zweitens: Alle sprechen von bürokratischem Abbau, doch konkret ist bis anhin nichts geschehen. Wir wollen dies nun ändern. So hat CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger einen Vorstoss eingereicht, wonach die Mehrwertsteuerabrechnung alljährlich und nicht mehr vierteljährlich vorgenommen werden soll. Wir haben das unselige Projekt des eidgenössischen Lohnausweises bekämpft. Unsere Unternehmer zahlen heute 7 Milliarden Franken für Administrativauflagen. Unser Ziel wäre, diesen Wert mit weniger statistischen Erhebungen und ohne Formulkrieg zu halbieren. Die zeitliche Belastung eines Unternehmers ist für solche Formalitäten von 30 auf 50 Stunden pro Monat angestiegen. Das Problem ist auch kein parteipolitisches, sondern ein strukturelles: Die politische Ebene hat keinen Zugriff auf die Verwaltung. Dort herrscht ein Dickicht, das von aussen undurchdringbar scheint. Wir haben zwei Jahre auf die Missstände im Bundesamt für Zivilluftfahrt hingewiesen, bis Herr Leuenberger endlich reagiert hat.”

Rutz: “Das Problem liegt bei der Verwaltung. Die Bundesverwaltung hat 35000 Stellen und wächst jährlich um deren 800 bis 1000. Trotzdem: Ohne Zwang können Sie den ganzen Apparat nicht reduzieren. Wenn Sie eine Reduktion von 10 Prozent als Vorgabe setzen, müssen Sie Prioritäten setzen. Erst dann erkennt man, wer wirklich sparen will und wer nicht. In der Realität wird meistens nicht gespart.”

Wenn man Sie hört, hat man den Eindruck, die Regierung sei mittlerweile ein zerstrittener Haufen. Die SP schießt gegen Joseph Deiss, im Gegenzug attackiert die CVP Moritz Leuenberger. Eine Retourkutsche?

Gamma: “Ich glaube ja. Zuerst wurde Micheline Calmy-Rey attackiert, nun Moritz Leuenberger.”

Aber verstehen Sie die Kritik an Moritz Leuenberger?

Gamma: “Nein, ich verstehe diese Kritik überhaupt nicht. Moritz Leuenberger hat nach den verschiedenen Unfällen gehandelt und seine Konsequenzen gezogen. Dies kann man erst, nachdem ein Ereignis eingetreten ist. Nochmals ein Wort zur vorherigen Diskussion; ich glaube nicht, dass der Staat als Feind seiner Bürger auftritt und alle Unternehmen mit Steuern drangsaliert

will. Ich gehe aber mit der CVP einig, dass wir für die KMU die Abläufe vereinfachen müssen. Als ich noch ein eigenes Werbebüro besass, muss-te ich jemanden anstellen, der diese Aufgabe übernahm. Zweifelsohne ein Luxus.”

Ein relevantes Thema bleibt die Zukunft der Swiss. Die CVP hatte die staatliche Unterstützung vor zwei Jahren gutgeheissen. Ein Fehler?

Nause: “Wir glauben immer noch an die Notwendigkeit einer interkontinentalen Anbindung der Schweiz. Deswegen haben wir auch die Milliardenstrixte des Bundes unterstützt. Doch nun stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Was hat das Management in den letzten zwei Jahren erreicht? Gar nichts. Darum weigern wir uns, weiteres Geld nachzuschliessen. Obwohl wir einen Vertreter des Bundes im Swiss-Verwaltungsrat haben, hat Moritz Leuenberger einmal mehr geschlafen. Seit zwei Jahren fordert die CVP die Klärung der strategischen Fragen – ohne Erfolg. Einerseits wirbt die Swiss mit dem Slogan ‘Most civilized Airline’, andererseits wird in der Economy Class kein Essen mehr angeboten. Das erschüttert uns. Wir haben jegliches Vertrauen in das Swiss-Management und den Bund als Hauptaktionär verloren.”

Schommer: “Es ist für viele Unternehmer wichtig, dass die Schweiz an ein interkontinentales Netz angebunden ist, noch wichtiger aber ist, dass wir – vor allem ad hoc – keine weitere staatliche Unterstützung betreiben. Wir haben damals in einer Notlage gehandelt, nachdem wir vom alten Swissair-Management nachweislich beschissen wurden.”

Von denen viele der FDP angehörten...

Schommer: “Das spielt keine Rolle. Die sind alle weg. Ich habe einmal thematisiert, ob man die Unterstützung einer Airline als Service-public-Leistung wie zum Beispiel die Bundesbahnen betrachten soll. Keiner wollte sich an diesem Thema die Finger verbrennen. Wir sind nun in einer ähnlichen Situation wie 2001. Das jetzige Management könnte versucht sein, die Politik zur Hilfe zu rufen, falls es keine Kooperationslösung gibt. Welchen Weg die Swiss einschlagen soll, will ich als Politiker nicht beantworten. Ansonsten ist man an eine Lösung gebunden und auch gezwungen, in schlechten Zeiten zu ihr zu stehen. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Vor allem ein Argument hat sich überholt: die Arbeitsplatzfrage. Natürlich hat der Kanton Zürich massiv gelitten, doch nun liegt es an der Wirtschaft, zu beweisen, ob es die Swiss braucht oder nicht.”

Gamma: “Ich bin gleicher Meinung wie Guido Schommer. Nachträglich gesehen war es richtig, die Swiss zu unterstützen. Dadurch konnten viele Arbeitsplätze gerettet werden. Doch jetzt sind wir wieder an einer Schlüsselstelle angelangt: Die Politik hat die Startphase der Swiss ermöglicht, nun ist deren Management gefordert. Wenn die Swiss jetzt crasht, herrscht eine andere Situation als vor zwei Jahren. Der Staat hat seine Schuldigkeit

getan. Obwohl die Gewerkschaften weitere Steuergelder für die Swiss verlangen, bleiben wir hart. Das ist für die SP auch keine einfache Situation. Innenpolitisch hingegen ist für uns relevant, dass beim Luftverkehr nicht der Kantönligeist durchbricht und jede Destination ihren Flughafen eigenmächtig ausbaut. Fehlinvestitionen wie beim Flughafen Kloten sollen zukünftig vermieden werden.”

Herr Rutz, die SVP hat sich immer gegen staatliche Gelder ausgesprochen. Herrscht nun Schadenfreude?

Rutz: “Nein, überhaupt nicht. Zwei Milliarden Franken wurden nicht investiert, sondern sinnlos aus dem Fenster geschmissen. Früher hiess es immer, wir wollen eine eigene Airline. Doch damit könnte es endgültig vorbei sein. Ich erinnere mich an eine Sitzung mit André Dosé zu Beginn der Swiss-Ära. Nach einer siebenstündigen Diskussion kamen wir zum Schluss, dass man den Businessplan so nicht umsetzen kann. Falsch war auch, dass das Parlament über solch komplexe Fragen entscheiden musste. Wir haben bereits damals Dosé gewarnt, dass er bei einem allfälligen Scheitern schlussendlich der Schuldige sei. Soweit sind wir nun, die Verantwortlichen wälzen alle Schuld auf das Management ab, doch es konnte diesen Kampf – aufgrund dieser unsinnigen Vorlagen durch die Politik – nicht gewinnen. Die SVP will einen funktionierenden Flughafen. Dafür sind unter anderem der Staat sowie der Kanton Zürich zuständig. Entscheidend ist nicht eine Airline, die unter Heimatschutz steht, sondern ein gut ausgebautes Verbindungsnetz.”

Eines der relevanten Themen ist immer wieder die Finanzierung des Wahlkampfes. Wie wird dies von den Sozialdemokraten gehandhabt?

Gamma: “Die SP kann schweizweit 1,3 Millionen Franken für ihren Wahlkampf einsetzen. Dieses Geld kommt aus Rückstellungen der letzten drei Jahre sowie Spenden ihrer Mitglieder. Zusammen mit den kantonalen Sektionen sind es aber deutlich mehr.”

Herr Schommer, wie wichtig ist das Geld für einen erfolgreichen Wahlkampf?

Schommer: “Hier zu Lande gewinnen Sie selten einen Wahlkampf mit Geld, da unsere Strukturen mit den 26 Kantonen extrem kleinräumig sind. So hat ein St. Galler Nationalratskandidat 1995 eine Million Franken für seinen Wahlkampf eingesetzt – und verpasste sein Ziel um Meilen. Werbung ist ausschliesslich ein Mittel, um gute Politik in Erinnerung zu rufen.”

Nause: “Die CVP Schweiz setzt rund 1,5 Millionen Franken für diesen Wahlkampf ein. Diese Kosten werden von einigen wenigen Wirtschaftsunternehmen getragen, q kantonal hingegen sind es private Spender, die diese Gelder aufbringen. Wir haben noch ein anderes Problem: In den grossen Städten Zürich, Bern,

Basel oder Lausanne verfügen wir über keine eigenen Hausblätter wie die NZZ oder den Tages-Anzeiger, die unsere Ansichten wiedergeben. Dies müssen wir durch bezahlte Inserate wettmachen.“

Bei der SVP gilt das Motto “Provokation um der Provokation willen.” Wird nach dem Negerplakat und der Bin-Laden-Darstellung auch Saddam Hussein SVP-Werbeträger?

Rutz: “Das sind alles Aktionen der Kantonalparteien. In St. Gallen gab es auch kein Negerplakat, sondern lediglich einen Entwurf für eine solche Kampagne. Der Slogan hätte geheissen: ‘Wir Schweizer sind immer die Neger!’ Mit dieser Redewendung attackieren wir auch nicht die Schwarzen, sondern betonen den Unwillen, die wahren Probleme anzusprechen. Mit einer Provokation kann man eine Diskussion anheizen. Viele Themen wie die Asylproblematik oder die EU-Frage gelten als politisch tabu, weil erst das Parlament darüber sprechen muss. Doch diese Themen werden in den nächsten vier Jahren entschieden. Das ist das Ziel des Wahlkampfes. Wir fordern eine inhaltliche Diskussion – auch mit unseren Plakaten.”

Die SVP gilt als die Partei der Milliardäre. Wie viel Geld setzen Sie dieses Jahr ein?

Rutz: “Auf schweizerischer Ebene sind es 800000 Franken. Das Plakat mit dem gerupften Huhn ist das einzige, das wir national geschaltet haben. Ansonsten konzentrieren wir uns auf die regionale und lokale Ebene.”

Schommer: “Interessant, dieses gerupfte Huhn diente bereits der AUNS als Motiv gegen den EU-Beitritt. Obwohl die Schweiz Europa nicht beigetreten ist, sieht das Huhn immer noch gleich zerfedert aus. Dies steht eklatant im Widerspruch zu einer Aussage von Christoph Blocher, der kürzlich betonte, wie gut es der Schweiz doch gehe.”